

Rede zu den Haushaltsberatungen Gemeinde Rosendahl 2010:

3. Entwurf

Stand 23.03.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Rates, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zum ersten Mal in der überschaubaren Geschichte der Gemeinde Rosendahl hat ein Vertreter der FDP die Gelegenheit zu einem Haushaltsentwurf dieser Gemeinde offiziell Stellung zu nehmen. Hier möchte ich mich bei den Wählerinnen und Wählern der Kommunalwahl noch einmal ganz herzlich bedanken, dass sie mit ihrer demokratischen Entscheidung den bisherigen Meinungskanon dieses Rates um den liberalen Gedanken erweitert haben.

Für uns Liberale in Rosendahl waren die Beratungen zum Haushaltsentwurf der Gemeinde eine Premiere. Erstmals konnten wir uns mit dem umfangreichen Zahlenwerk eines Gemeindehaushaltes als Teilhaber am Entscheidungsprozeß und nicht nur als Zuschauer beschäftigen.

Ungeachtet der weiteren Diskussionen zu diesem Haushalt, die sicherlich kontrovers und eventuell auch einmal emotional geführt werden, möchte ich meinen Respekt und meinen Dank an den Herrn Bürgermeister und die Verwaltung der Gemeinde Rosendahl, und hier insbesondere gegenüber dem Kämmerer, zum Ausdruck bringen. Sie haben einen großen Arbeitsanfall, verstärkt durch die Erstellung eines Schattenhaushalts nach dem Haushaltssicherungskonzept, hervorragend bewältigt.

Nun aber zum Haushalt selbst:

Zunächst sind wir als Novizen in diesem Thema ganz herkömmlich an den kiloschweren Papierklotz herangegangen und jeder aus der FDP Fraktion hat für sich seinen Zugang zum Zahlenwerk gesucht. Dabei hatte jeder von uns den Haushalt als das gesehen, was er augenscheinlich ist: Ein Konglomerat von Zahlen, die mal mehr, mal weniger verständlich das beschreiben, was eine Gemeinde rein finanziell so im Laufe eines Jahres getrieben hat oder, hier für 2010, zu treiben beabsichtigt.

Jeder von uns hatte schnell ein paar Zahlen erkannt, anhand derer er zustimmend oder ablehnend an Einzelpositionen seinen persönlichen kommunalpolitischen Themenschwerpunkt abgebildet sah. So haben wir uns auch bei dem ersten Diskussionsansatz auf Zahlen und einzelne Positionen konzentriert und in der folgenden Aussprache darum gerungen Haushaltsansätze zu verstehen, zu bewerten und gegebenenfalls als nicht erwünscht zu kritisieren. Hieraus erwuchsen eine Vielzahl von Ideen zu Änderungsanträgen und angestrebten Veränderungen von Einzelansätzen zum bestehenden Haushaltsentwurf.

Dann aber fiel uns auf, dass dies gerade nicht unsere Arbeit als "Gemeindesouverän", also als die gewählte Stimme der Bürger der Gemeinde Rosendahl, ausmachen kann.

Die Entwicklung und zahlenmäßige Umsetzung von Gemeindeausgaben und Einnahmen unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften ist erst einmal Aufgabe der

Gemeindeverwaltung. Deren Handeln steht, soweit es die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben angeht, ohnehin unter der professionellen Beobachtung durch die Kommunalaufsicht. Unsere Aufgabe ist es, nach übereinstimmender Auffassung der FDP Fraktion im Rat, unter Benutzung des gemeindlichen Haushaltes das Primat der politischen und nicht der verwaltungstechnischen Entscheidung einzubringen.

Bereits im Zeitalter des Absolutismus, also lange vor der Einführung eines modernen Demokratieverständnisses, war eines immer klar. Wer über das Geld bestimmt, bestimmt über die Politik, oder um es mit Ludwig dem 14. zu sagen, "der Etat, also der Staat, bin ich".

Genauso sind wir alle als Ratsmitglieder und damit gewählte Vertreter des eigentlichen Souveräns, den Bürgern der Gemeinde Rosendahl, der Etat.

Es ist also unsere Aufgabe die politischen Grundentscheidungen der Gemeinde hinter den Zahlen zu erkennen und zu bewerten.

Vorgegebene Zahlen in einem Haushalt beinhalten bereits Grundentscheidungen über politische Strategien obwohl vordergründig nur ein umfangreiches Zahlenwerk erkennbar ist. Also haben wir als FDP Fraktion versucht die politischen Entscheidungen hinter dem Etat 2010 zu erkennen und uns hierzu unsere Meinung zu bilden.

Ausgehend hiervon haben wir dann unsere Beratungen weg von der Betrachtung der Einzelpositionen, die ja zu einem weit überwiegenden Anteil ohnehin gesetzlich vorgegeben und damit durch kommunalpolitische Entscheidungen nicht oder nur äußerst begrenzt beeinflussbar sind, auf den politischen Ansatz verlagert. Wir haben uns gefragt, ob der vorliegende Haushaltsentwurf mit den Grundprinzipien des liberalen Gedankens, dem die FDP wie keine andere Partei in Deutschland verpflichtet ist, vereinbar ist.

Ich nehme das Ergebnis hier vorweg:

Nein, der vorliegende Haushaltsentwurf ist mit liberalem Gedankengut in keinsten Weise vereinbar.

An dieser Stelle möchte ich einflechten, dass auch in der Kommunalpolitik, wie überall im Leben, das Ja-Sagen sehr viel leichter fällt als das Nein Sagen. Wir haben uns mit unserem grundsätzliche Nein zum Haushalt schwer getan. Man macht sich mit einem Nein sehr schnell unbeliebt und, wenn ich die jüngsten Beratungen zum Haushalt im Haupt – und Finanzausschuss Revue passieren lasse auch leicht zum Ziel von Angriffen der Qualität keine Verantwortung übernehmen zu wollen oder zu faul zu sein, den Haushalt zu lesen. Damit können wir als Freidemokraten leben, derartige Angriffe sind uns in der aktuellen bundespolitischen Diskussion z. b. zu Hartz IV nicht fremd und sagen mehr über den aus, der sie ausspricht, als über den, dem sie gelten.

Wir werden also zu diesem Haushalt, wohl wissend, dass wir seine Verabschiedung damit nicht verhindern werden können, unsere Zustimmung verweigern.

Als Maßstab für unsere Entscheidung, die im Übrigen von der Gesamtfraktion, also auch von den sachkundigen Bürgern der FDP, die hier heute keine Stimme haben, getragen wird gelten die Kernbestandteile einer liberalen Grundeinstellung.

Die Grundzüge liberalen Denkens am Beispiel der FDP Rosendahl lassen sich dabei mit wenigen Kernaussagen beschreiben:

1. Staatliches Handeln vermeiden, wo es nicht zwingend erforderlich ist um eine sachgerechte Lösung herbeizuführen
2. Das Geld der Bürger mit dem wir arbeiten muss zunächst erwirtschaftet werden, wofür wir mit der Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen mit Sorge tragen müssen und sind für dessen sparsame, transparente und sachgerechte Verwendung verantwortlich. Wir leben nicht mit staatlichen Transferleistungen in der Hoffnung irgendjemand wird es schon finanzieren
3. Mit den Stimmen der FDP Rosendahl wird es keine auf freiwilligen Entscheidungen beruhenden Erhöhungen der kommunalen Steuersätze geben.

Ausgehend von diesen Grundsätzen möchte ich Ihnen an einigen wenigen Beispielen deutlich machen, warum für uns der Haushalt auch unter Berücksichtigung der im Vorfeld zwischen den Parteien und der Verwaltung ausgehandelten punktuellen Änderungen nicht zustimmungsfähig ist.

Wir wollen staatliches Handeln vermeiden, wo es nicht zwingend erforderlich ist um eine sachgerechte Lösung herbeizuführen

Die Gemeinde Rosendahl nimmt ohne Not Funktionen wahr, die privat besser und kostengünstiger zu organisieren wären. Beispielhaft möchte ich dies an der Strategie und Organisation der Grundstücksbewirtschaftung und Vermarktung deutlich machen. Der vorliegende Haushaltsentwurf, ich erinnere an meinen Eingangssatz von der an die Politik hinter den Zahlen, hält am Modell der monopolgesteuerten Grundstücksvermarktung durch die Gemeinde fest. Seit vielen Jahren tritt die politische Gemeinde Rosendahl als fast alleiniger Anbieter in der Vergabe von Baugrundstücken für den privaten Wohnbedarf auf.

Der sicherlich schwierige Grundstücksmarkt brachte kreisweit einen Nahfragerückgang bei privaten Grundstücken. Rosendahl aber ist, sieht man sich die Feststellungen im Haushalt an, besonders betroffen. Wenn ich mir ansehe wie schleppend sich die Grundstücke nunmehr über Jahre im Baugebiet Kleikamp verkaufen und gleichzeitig sehe, dass ein Baugebiet im nahen Billerbeck kaum erschlossen geradezu mit atemberaubenden Tempo wächst, muss dies Ursachen jenseits aller Wirtschaftskrisen haben. Wir sehen die Ursachen im Wesentlichen in zwei Bereichen. Der Staat, und damit konkret hier die Gemeinde Rosendahl ist hier die schlechtere Alternative bei der wirtschaftlichen Betätigung. Ein privater Vermarkter wäre angesichts der Rahmenbedingungen gezwungen seine Geschäftsstrategie zu überdenken. Ich denke hier an Maßnahmen wie Preisanpassungen oder ein Bemühen Veränderungen bei den Bauvorgaben wie Bauzwang, verordneten Grundstücksgrößen oder Baufestsetzungen zu erreichen. Ein Privatunternehmen kann es sich nämlich nicht leisten, auf großen Mengen nicht marktgängiger Produkte sitzen zu bleiben ohne wirtschaftlichen Schaden zu erleiden.

Hierzu ist die Gebietskörperschaft Rosendahl aber offenkundig nicht willens. Dies

muss sie ja auch nicht sein, da wir alle mit unseren Steuergeldern den Aufwand für den Kauf, die Erschließung und die dauerhaften Finanzierungskosten bis zu einem irgendwann eintretenden Verkauf finanzieren. Wenn dann über Jahre diese teuer gekauften, dauerhaft mit teuren Zinsen finanzierten Grundstücke vom Käufer unbeachtet bleiben, zahlt dies eben der Bürger mit seinen Steuern schon.

Hinzu kommt, dass keinerlei reale Preisbildung am Markt stattfindet. Wenn praktisch nur ein Anbieter am Markt vorhanden ist und keine nennenswerte Konkurrenz das Geschäft belebt, ist der Preis ein rein politischer. Dieser wird in unserem Falle vom Rat "beschlossen", ich wiederhole: ein Preis wird in einer politischen Abstimmung beschlossen und nicht am Markt gebildet.

Daraus resultierend verwaltet die Gemeinde ausweislich des Haushaltsentwurfs tausende Quadratmeter unverkaufter und mit Krediten finanzierten Grundstücke.

Dies ist also monetär gesehen ein Speckansatz, den wir uns nicht mehr leisten können. Es ist aber nur die Spitze des Eisberges. In Wirklichkeit geht es hier, solange ein solcher Etatansatz, der von einem Verbleib großer Grundstücksflächen im Bestand der Gemeinde ausgeht, im Haushaltsentwurf steht, darum ein klares weiter so zu formulieren.

Wir Liberalen aber stellen die Frage: muss die Gemeinde Rosendahl als Monopolvermarkter vorbei an allen Marktmechanismen auftreten. Die Antwort lautet erwartungsgemäß: Nein, natürlich nicht.

Wir Liberalen möchten zukünftig generell das Geschäft mit privaten Grundstücken aus den Händen der Gemeinde nehmen und damit durch die Vermeidung von Zinsbelastungen und totem Kapital die finanzielle Bewegungsfreiheit ein Stück weit wieder herstellen.

Wir merken uns: Kein teures staatliches Handeln, wo es die Sachlage nicht zwingend vorgibt.

Für diesen Ansatz spricht weiterhin auch die viel diskutierte Entwicklung bei der ärztlichen Versorgung in Rosendahl. Wir alle wissen, dass die Gemeinde Rosendahl dauerhaft nur als finanzielle gesunde und prosperierende Gemeinde wird bestehen können, wenn sie aktiv neue Mitbürger akquiriert und durch hohe Attraktivität Steuer zahlende Bürger dauerhaft hier hält.

Dies ist derzeit nicht der Fall, wie die bestenfalls stagnierenden Einwohnerzahler belegen. Die mangelnde Attraktivität der Gemeinde als Lebensraum führt nach der festen Überzeugung der FDP Fraktion gemeinsam mit anderen Ursachen auch dazu, dass sich auswärtige freiberuflich tätige Ärzte derzeit nicht wirklich vorstellen können, hier ihren Lebensmittelpunkt zu errichten.

Anstatt hier die Initiative zu ergreifen und die verbleibenden finanziellen Bewegungsspielräume im Haushalt zielgerecht zu nutzen und sich der kostenfreien Kreativität der Bürger zur Steigerung der Attraktivität Rosendahls zu bedienen, geht die Gemeinde Rosendahl auch hier dazu über als staatlich dirigistisch einzugreifen. Kurz: Wir kaufen uns einen Arzt, bzw. zwei Ärzte.

Neben der bereits vorliegenden Subventionierung durch Landesmittel füttern wir ein Arztehepaar, über das die Ratsmitglieder bisher so gut wie nichts wissen, in diesem Haushaltsentwurf mit dirigistischen Eingriffen, sprich Gemeindegeld an. Wir bauen ein gemeindeeigenes Haus laut Haushaltsentwurf mit knappen Gemeindegeldern um, schaffen ein Umfeld durch den Abriss weiterer Gebäude und spekulieren ohne jede Garantie einer dauerhaften Ansiedlung darauf, dass schon alles klappen wird.

Alle Fachleute, mit denen wir gesprochen haben, versichern uns, dass es zu den im Haushaltsentwurf genannten Summen nicht möglich sein wird, auch nur ansatzweise den beabsichtigten Gemeindeanteil am Umbau der zukünftigen Arztpraxis zu realisieren, geschweige denn die Parkraumfrage zu lösen. Wir alle erinnern uns an andere gemeindliche Projekte, die letztlich, wie es in Rosendahl üblich ist, dauernd nach dem Start durch weitere Forderungen, die bereits zu Beginn hätten redlicher Weise genannt werden müssen, sich merklich verteuern und wir Bürger die Zeche mit unseren Steuern zu zahlen haben. Lassen sie mich als Beispiel die Mensa an der Verbundschule nennen, deren Kosten nun zum x-ten Mal durch Planungsmängel oder Luxuswünsche gesteigert wurde. Ich nenne die Stichworte Brandschutzrolladen und Terrasse.

Wir als FDP wollen bei der Ansiedlung neuer Ärzte keinen staatlichen Eingriff durch eine verdeckte Subventionierung. Wir öffnen mit einer derartigen Vorgehensweise damit die Büchse der Pandora und machen uns zukünftig in einem System konkurrierender Subventionen um die Ansiedlung von Freiberuflern erpressbar.

Wir gehen mit großer Überzeugung davon aus, dass es auch ohne staatliche Intervention bei Einsatz kreativen Potentials sich eine tragfähige Lösung finden wird.

Bereits an diesen zwei Beispielen können sie erkennen, dass staatliches Handeln nicht immer der Königsweg ist. Genau dies suggeriert aber der vorliegende Haushaltsentwurf aber mit seinem Appell "weiter so". Dies ist für uns als Liberale nicht tolerierbar. Wir setzen auf andere Faktoren und sind zuversichtlich, dass sich eine bessere, kreativere Lösung finden wird.

Wir arbeiten mit dem Geld der Bürger, die dieses Geld zunächst erwirtschaften müssen und sind für dessen sparsame, transparente und sachgerechte Verwendung verantwortlich.

Der vorliegende Haushaltsentwurf folgt auch in einem anderen Punkt der Devise des "weiter wie bisher".

Wir arbeiten mit dem Geld der Bürger, die dieses Geld zunächst erwirtschaften müssen und sind für dessen sparsame, transparente und sachgerechte Verwendung verantwortlich. Wir leben nicht mit staatlichen Transferleistungen in der Hoffnung irgendjemand wird es schon finanzieren

Die unsägliche Diskussion zum Thema Jugendhaus, besonders deutlich sichtbar an den intellektuell brillanten Lesebriefen in der hiesigen Presse, hat ein Problem

greifbar werden lassen, dass uns von heute mit einer vorwärtsweisenden kreativen Suche nach sozialverträglichen Lösungen beschäftigen sollte, und nicht mit einem Verharren im nicht mehr finanzierbaren Gewirr gestriger Lösungen.

Hier also das Stichwort "Transparenz". Die FDP Fraktion im Rat der Gemeinde Rosendahl hat anlässlich der Beratungen zu dem heute vorliegenden Haushaltentwurf versucht herauszufinden, was uns als Gemeinde die Förderung offener und gebundener Jugendarbeit und insbesondere die Förderung der sportlichen Aktivitäten dieser Zielgruppe eigentlich kostet. Ich will das Ergebnis vorwegnehmen. Es ist uns nicht wirklich gelungen. Dies beruht aber nicht etwa auf der mangelnden Intelligenz der Mitglieder der Ratsfraktion, wie einige der hier heute anwesenden Ratsmitglieder dies gern sehen würden, sondern schlicht daran, dass die veranlagten Ausgaben quer über den Haushalt verstreut sind. Da gibt es Ansätze für die offene Jugendarbeit, da gibt es Ansätze für Zuschüsse an die freiwilligen Feuerwehren, da gibt es Ansätze für die Schaffung von Sportanlagen, da gibt es Ansätze für die Erhaltung von gemeindeeigenen Anlagen, da gibt es dies und das, aber keine erkennbare Gesamtsumme dessen, was wir für die gebundene Jugendarbeit in Rosendahl ausgeben. Ist das Säubern und Instandhalten von Parkplätzen an Sportanlagen durch Gemeindemitarbeiter nun eine Leistung der Jugendförderung? Ist die Erhaltung einer teuren Anlage eines Minischwimmbeckens eine Förderung der Jugendarbeit, eine Förderung der Schulkinder, eine Förderung der verdienten Senioren dieser Gemeinde? All dies findet keine ausreichend transparente Abbildung im Haushalt.

Daher lautet unsere Forderung: Transparenz und Nachvollziehbarkeit der gemeindlichen Leistungen für die Förderung von Aktivitäten unserer Kinder und Jugendlichen und anderen Zielgruppen. Erst dann, wenn diese Transparenz herbeigeführt ist und auch erkennbar ist wer tatsächlich Nutznießer einer Förderung ist, besteht für uns eine Möglichkeit der vorläufigen Zustimmung zu einem Haushalt, bei gleichzeitiger Entwicklung transparenter Förderkonzepte.

Dabei denken wir Freidemokraten derzeit intensiv über die Ausgestaltung eines kopfbezogenen Förderschlüssels bei der gebundenen Jugendarbeit nach, der dann aber für alle gleich sein muss. Hier müssen wir uns ganz herzlich für das Einbringen dieses wirklich brillanten Gedankens bei unseren politischen Mitbewerbern von der CDU bedanken.

Folgt man diesem Gedankenansatz muss konsequenterweise die Förderung des Fußballsports den gleichen Stellenwert haben wie Voltigieren oder Hallenhandball oder Wassergymnastik. Dann können wir auch entscheiden wie viel uns die Jugend in Rosendahl wert ist und wie wir die Mittel einsetzen wollen.

Ich zumindest möchte schon wissen, wie viel uns die sozialpädagogische Begleitung von selbstverständlich sozial nicht auffälligen Jugendlichen jährlich pro Kopf innerhalb der freien Jugendarbeit kostet. Ich möchte aber auch wissen was wir für die Förderung des Hallenbadminton für Kinder pro Kopf und Jahr kostet oder im Vergleich was uns wie viel wert ist. Ansätze wie wer gegen das Jugendhaus ist gegen die Jugend sind für eine sachliche Diskussion sicherlich eher unproduktiv.

Förderungen nach dem Modell, wer am lautesten schreit bekommt seine Wünsche auch am schnellsten erfüllt, koste es was es wolle, wird es mit uns nicht geben. Und auch keine nachträglich im Haushalt versteckten Pflegemaschinen für Kunstrasenplätze.

Mit den Stimmen der FDP Rosendahl wird es keine Erhöhungen der kommunalen Steuersätze geben.

Solange nicht alle Steuerungspotentiale und zielführenden Sparmöglichkeiten ausgeschöpft wurden, wird es, und das kann ich hier im Namen der FDP Rosendahl versprechen, keine Zustimmung zu irgendwelchen Erhöhungen der gemeindlich zu verantwortenden Steuerhebesätzen geben. So hat die FDP bereits die Erhöhung der Hundesteuer abgelehnt.

Wir alle wissen, und das ist eine Binsenweisheit, dass die Gemeinde Rosendahl in einer sich ständig verändernden Welt der Globalisierung und des technischen Fortschritts nur erfolgreich überleben kann, wenn wir attraktiv für Alt und - Neubürger werden. Im Zuge einer Entkoppelung von Arbeit und Arbeitsort im Zuge der Umgestaltung der Dienstleistungs- in eine Informationsgesellschaft werden die Möglichkeiten der freien, vom Arbeitsplatz unabhängigen Wohnortwahl dazu führen, dass Menschen dort hinziehen wo sie ihre Lebensvorstellungen am umfassenden umsetzen können. Diese Menschen wollen Häuser bauen, die ihren Vorstellungen entsprechen und nicht der Devise folgen, Rot - Rot 45 Grad, die die Grundstücke zu einem fairen Marktpreis in der von ihnen gewünschten Größe erwerben wollen und die Technik einbauen, die dann möglich sein wird. Diese Menschen werden nach einer qualitativ hochwertigen Freizeitlandschaft und besten Schulchancen für ihre Kinder suchen. Wie gehen wir zukünftig in einer überalternden und schrumpfenden Mehrheitsgesellschaft mit Migranten um? Diese und weitere Standortbedingungen werden in Zukunft darüber entscheiden ob Rosendahl eine moderne, zukunftsfähige und flexible Erfolgsgeschichte schreibt, oder zu einer der vielen sterbenden Gemeinden mit einem hohen Anteil an Empfängern von sozialen Transferleistungen und einem geringen Anteil an gesellschaftlichen Leistungsträgern sein wird.

Eine dieser Standortfaktoren wird dabei auch die steuerliche Belastung sein. Gewerbe und Grundsteuern sind wichtige Standortfaktoren die durchaus das Zünglein an der Waage bei der Wahl von Wohn oder Gewerbeansiedlung sein werden. Die Forderung kann daher nur lauten, weg von sich stetig erhöhenden Steuerhebesätzen und hin zur einer attraktiven Gemeinde mit Innovationskraft, deren Steuereinnahmen von erfolgreichen Unternehmungen nach erbrachter Leistung in gesunden Rahmenbedingungen erbracht werden können. Warum gibt es bis heute in Rosendahl keine ernst zu nehmenden Ansätze einer qualitativ hochwertigen und zielgruppengerechten Tourismusindustrie? Warum nutzen wir nicht unsere Möglichkeiten im Bereich eines wachsenden Individualreisesektors im Camping oder Erlebnisreisensegments. Tausende von Cabriofahrer oder Youngtimerfreunde warten auf solche Angebote!

Warum fördern wir nicht gezielt die Ansiedlung von Qualitativ hochwertigen Angeboten des Wohnens im Alter mit kreativen Ansätzen?

Ich kann es Ihnen sagen: Es ist immer leichter Ja und weiter so zu sagen, als ein klares, unmissverständliches Nein zu formulieren. Dies tun wir aber heute.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, vielen Dank!

